

SICHERE LEBENSGRUNDLAGEN STATT EFFIZIENTERER NATURBEHERRSCHUNG

Von der Transformationsschwäche des Konzepts nachhaltiger Entwicklung aus feministischer Sicht

Die Rio-Konferenz wirkte auf feministische und geschlechterpolitische Diskurse wie auch auf Frauenorganisationen und -netzwerke wie ein Magnet. Dafür gab es inhaltliche und politisch-strategische Gründe. Der zentrale Anspruch der Konferenz, Umwelt- und Entwicklungspolitik zu verknüpfen, korrespondierte mit feministischen Ansätzen, Ökologie, Soziales und Ökonomie zusammenzudenken. Gleichzeitig forderte der Aufbau eines *Global Governance* Regimes nach dem Ende der bipolaren Weltordnung und die Suche nach globalen politischen Antworten auf globale Probleme Frauenorganisationen geradewegs zur Einmischung heraus. Die Konferenz war Hoffungsereignis und schien Türen der Ermöglichung zu öffnen, feministische Konzepte einzubringen.

Als deutlich wurde, dass von UN-Seite die Rio-Konferenz wieder einmal weitgehend geschlechterblind vorbereitet wurde, setzte *Women's Environment and Development Organization*, WEDO, ein neuer Typus von Frauenorganisation, der als Knotenpunkt und Schaltstelle transnationaler Vernetzung höchst integrativ agierte, einen Sammlungsprozess in Gang. Die Vorbereitung auf Rio wurde zum Sammelbecken verschiedenster feministischer und frauenpolitischer Strömungen: liberale, gleichstellungsorientierte und ökofeministische, gleichstellungskritische Konzepte flossen ebenso ein wie sozialistische und differenzorientierte, gynozentrische Ansätze. Dadurch wurden Diskursstränge und Praktiken zusammengeführt, die in den achtziger Jahren weitgehend unverbunden nebeneinander her gelaufen waren:

- a) Debatten zum Ökofeminismus, zu spirituellen und Friedensansätzen, feministischer Umweltpolitik,
- b) Wissenschaftskritik, vor allem feministische Kritik der Naturwissenschaften und Technikentwicklung,
- c) Entwicklungskritische und feministische Ökonomie-Ansätze, die Macht- und Interessenstrukturen entlang der Kategorien Nord-Süd, Klasse, "race" und Geschlecht diskutierten,
- d) Entwicklungspolitische Ansätze zu „Frauen und Entwicklung“ (WID), die sich ausgehend von den Grundbedürfnissektoren Landwirtschaft, Wald, Wasser und Energie zu einem Konzept von Frauen-Umwelt-Entwicklung (WED) erweitert hatten.

Ziel des Selbstverständigungsprozesses vor der Rio-Konferenz war, über alle Differenzen hinweg eine autonome Positionierung und eine eigene Agenda aus Frauensicht für die Konferenz zu erarbeiten. Kristallisationspunkt in diesem Prozess war der 1991 in Miami als Tribunal veranstaltete "Women's World Congress for a Healthy Planet". Als Ergebnis der unterschiedlichen gelebten Erfahrungen und wissenschaftlichen Analysen ließen sich zwei Konsenspunkte in dem breiten Spektrum feministischer Ansätze und Konzepte identifizieren:

- ▶ Die Analogie von Frauenunterdrückung und Naturbeherrschung,
- ▶ Der innere Zusammenhang von Wachstumsdogma und Umweltzerstörung bzw. die Raubbau-logik des Wachstumsparadigmas.

Charakteristikum der Debatten in Miami war eine dominante Entwicklungsskepsis bis hin zu radikaler Entwicklungskritik, ein „Infragestellen des herrschenden Entwicklungsmodells durch eine politische Umweltanalyse“ (WIDE) und eine vielfacettige Systemhinterfragung. Entsprechend richtete sich die Perspektivsuche vor allem auf Alternativen zum und im herrschenden Entwicklungsparadigma bzw. auf „Alternativen zum Modell des Wirtschaftswachstums“ (Peggy Antrobus von DAWN). Diese Alternativen sollten gleichermaßen Probleme globaler Ungleichheit wie die der Umwelt, d. h. die Verteilungs- wie auch die Überlebensfrage aufnehmen und beantworten.

Bereits in einem Workshop "Women and Children First" im Rio-Vorbereitungsprozess hatten die TeilnehmerInnen formuliert: „Wir sind entschlossen das asymmetrische und Dominanzverhältnis der Wirtschaft zur Natur, von Männern zu Frauen und des Nordens zum Süden zu verändern. Unser Ziel ist nichts anderes als eine Revolution im Namen von Frauen, Kindern und der Umwelt“ (zit. bei Braidotti 1994:102). Entsprechend forderte ein Formulierungsentwurf bei der 3. Vorbereitungskonferenz im Rio-Prozess „ein Ende der entwicklungsmäßig nicht nachhaltigen Weltordnung und ihren Ersatz durch ein neues Entwicklungsparadigma, das die Rechte der Menschen, besonders von Frauen und Kindern, in Rechnung stellt“ (zit. bei Braidotti ebda.).

Diese Akzentsetzungen bestimmten auch die als Manifest in Miami verabschiedete "Women's Action Agenda 21". Dieses Positionspapier verbindet einerseits eine deutliche Strukturkritik an der „Ideologie des freien Marktes“ und dem Konzept ökonomischen Wachstums, die „Umweltsicherheit“ vereiteln, mit realpolitischen Forderungen nach Zeitznutzungsstudien zu Frauenarbeit über Umwelt-Audits bis zu geschlechterdemokratischer zivilgesellschaftlicher Kontrolle aller Militärausgaben. Dieser Spagat zwischen visionärer Gesellschaftstransformation und kleinen politischen Schritten wurde durch einen ökofeministischen Duktus („Sorge um die Gesundheit des lebendigen Planeten“), durch eine stark normativ und ethisch begründete Argumentation und die Verklammerung von Solidarität und Diversität möglich. Darin waren auch die drei kategorialen Forderungen der Richterinnen am Ende des Tribunals in Miami aufgenommen: globale Gerechtigkeit, Ressourcenethik und Frauenempowerment. In die strategische Forderung des Empowerments brachte das Süd-Frauen Netzwerk DAWN seinen Fokus auf Selbstorganisation von Frauen ein, liberale Gleichstellungsfeministinnen wie WEDO dagegen die notwendige Partizipation von Frauen an politischer Entscheidungsmacht. Die gesamte politische Stoßkraft des Dokuments von Miami zeichnet sich durch die emanzipatorische Zielstellung aus, den Mensch-Natur-Bezug wie auch Ungleichheitsstrukturen zwischen Nord und Süd und innerhalb der Gesellschaften strukturell verändern zu wollen. „Wir appellieren an alle Frauen und Männer sich diesem Ruf nach einer grundlegenden und sofortigen Transformation menschlicher Wertorientierungen und des Handelns anzuschließen.“ (World Women's Congress 1992:16)

Livelihood versus Entwicklung

Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ kommt in dem Dokument, das Grundlage für die Advocacy- und Lobbying-Arbeit von Frauen bei der Rio-Konferenz wurde, nicht ein einziges Mal vor. Die normativen Leitorientierungen in der "Women's Action Agenda" sind Gleichheit und Gerechtigkeit, während Nachhaltigkeit hier noch keineswegs die magische Formel darstellt, um die die Agenda 21 ein halbes Jahr später gebaut wurde.

Das Konzept von *sustainable development* wurde in den Debatten in Miami von Frauen aus dem Süden, vor allem von DAWN konterkariert durch ein Konzept von "*sustained livelihood*". DAWN nannte nachhaltige Entwicklung im gängigen wirtschaftszentrierten Verständnis einen Widerspruch in sich selbst, denn Entwicklung bedeute immer maximale Nutzung und optimale Verwertung natürlicher Ressourcen und müsse deshalb zwangsläufig das Erhaltungsprinzip torpedieren. Prinzipiell lehnte DAWN ein universell geltendes Entwicklungsparadigma und eine Strategie nachholender Entwicklung für die Länder des Südens ab.

Statt von Entwicklung als Makrostrategie auszugehen, setzte DAWN *livelihood*, lokale Lebensgrundlagen, Überlebenssicherung und Alltagserfahrungen von Frauen als Ausgangspunkt. *Livelihood*¹ ist ein Gegenparadigma zu Entwicklung: dezentral und anti-universalistisch, basiszentriert und bottom-up-gerichtet. Entsprechend heißt es im Statement der Frauen des Süd-Caucus²:

"We, the women of the South, affirm that equity and justice must be the guiding principle between men and women, among communities and among nations, for a healthy people and a healthy planet. We believe that people have the right to sustainable livelihoods which encompass every aspect of human well being: material, spiritual, cultural, ecological and political. We are convinced that sustainable livelihoods for every

individual can be the only basis on which human progress can be built and a healthy relationship between people and the environment can be established.”

Armut wie auch die Umweltkrise sah DAWN durch die wachstums- und weltmarktfixierte Marktökonomie verursacht. Als forcierende Bedingungen für beide Krisenkomplexe kommen Überkonsum im Norden und der Eliten des Südens hinzu sowie Verschuldung und Strukturanpassung. Beide Krisen, die Armuts- wie die ökologische Krise, analysiert DAWN in ihrer Verschränkung und mithilfe der drei sozialen Kategorien Klasse, “race” und Geschlecht.

Alternatives Wirtschaften, Umweltsicherheit und reproduktive Rechte - das waren die drei Eckpunkte, die in den Debatten von DAWN den Rahmen für die Perspektiventwicklung abgaben. Der Anspruch auf reproduktive Rechte thematisiert zum einen den Körper als die unmittelbarste (Um-)Welt und bedeutet eine Kritik an jedweder Bevölkerungspolitik, die Frauenrechte missachtet, Fortpflanzung nach demographischen Maßgaben steuern will und sich politisch damit legitimiert, dass das Bevölkerungswachstum Hauptursache von Umweltzerstörung und Armut sei (DAWN 1992). Zum anderen aber schließt das Thema „Reproduktion“ die weltweit überwiegend von Frauen geleistete Sorge- und Reproduktionsarbeit ein, die von der neoklassischen Ökonomie und in Bruttosozialprodukten nicht als produktiv gewertet, sondern außerhalb der Ökonomie angesiedelt wird. Der explizite Einbezug von Körper und Sorgearbeit in den *Livelihood*-Ansatz beruht auch auf dem praktischen Erleben von Umweltschäden vermittelt über Körperlichkeit und Gesundheit, der für Frauen als Lebensproduzentinnen und klassische Gesundheitsarbeiterinnen in den Familien Alltag ist.

Die Handlungsmöglichkeiten für Frauen im Rahmen der lokalen Lebensgrundlagen sind durch rechtlich und demokratisch ungleiche Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse abgesteckt, durch weitgehenden Ausschluss von Entscheidungs- und Gestaltungsmacht, durch einen Mangel an Verfügungs- und Eigentumsrechten und eine Beschränkung von Zugängen und Kontrolle über Ressourcen und das gesellschaftliche Naturverhältnis (Rocheleau/Thomas-Slayer/Wangari 1996). Deshalb schließt das *Livelihood*-Konzept auch die Dimension gesellschaftlicher und geschlechtsspezifischer Macht ein.

Stand im Zentrum dieser entwicklungskritischen Position das Hinterfragen des industriekapitalistischen Weltmodells, so stand im Zentrum ökofeministischer Kritik von Entwicklung der androzentrische Umgang mit der Natur, der sich Natur – wie auch die Frauen – untertan macht. Ökofeministische Positionen greifen stark auf die in den achtziger Jahren geleistete feministische Wissenschaftskritik zurück. Bahnbrechend war Carolyn Merchants Analyse der Zerstörung des organischen Weltbilds durch die Bacon-Newtonsche experimentelle Naturwissenschaft, die mit der Hierarchisierung der Geschlechter und mit der Hexenverfolgung einherging. Merchant weist nach, dass die Herrschaftslogik, die diese Naturwissenschaften wie auch den verwertungsreduktionistischen Umgang mit der Natur leitet, in dem konstruierten Dualismus von Kultur – Natur, Mann – Frau gründet. Die globale Umweltkrise führen Ökofeministinnen letztlich auf diese Herrschaftslogik zurück. Ihre Kritik der Herrschaftslogik im Mensch-Natur-Bezug berührt das Grundverständnis von Wissenschaft, Technologie und Marktwirtschaft (Mies/Shiva 1995).³

Gemeinsam war den beiden Ansätzen – DAWN und Ökofeminismus – die Forderung nach einem „anderen Mensch-Natur/Umwelt-Verhältnis“ und damit auch nach anderen Wirtschaftsweisen. Mit dem *Livelihood*-Ansatz werden sowohl das raubbauwirtschaftliche Markt- und Wachstumskonzept als auch die experimentellen Naturwissenschaften konterkariert und stattdessen auf indigenes, durch Erfahrung generiertes Wissen und auf lokal gelebte Ökonomiekonzepte rekurriert, in denen Nutzung und Schutz natürlicher Ressourcen verknüpft sind. Die starke Betonung der Diversität von Frauen und ihrer Lebensbedingungen in der *Women’s Action Agenda* korrespondiert mit der biologischen und kulturellen Vielfalt der unterschiedlichen lokalen *Livelihoods* als integrierte Überlebenssysteme.

Angepasste Nachhaltigkeit – abgestimmte Sprachregelung (*agreed language*)

Der dominant entwicklungs-skeptische und wachstumskritische Tenor der Debatten in Miami und der *Women's Action Agenda* steht im Gegensatz zur Agenda 21 von Rio. Sie atmet einen Entwicklungs- und Wachstumsoptimismus. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung, das die tragende Säule des Brundtland-Berichts und die handlungsleitende Maxime der Agenda 21 ist, stellt weder die markt-instrumentelle Umgangsweise mit Natur noch die Wachstumsgeilheit der kapitalistischen Marktökonomie in Frage. Im Gegenteil. Das Nachhaltigkeitskonzept wird eingepasst in die ökonomischen Vorgaben von Wachstum, Produktivität und Effizienz und angepasst an ein technisches und politisches Instrumentarium zum Management der Umweltkrise und der natürlichen und menschlichen Ressourcen. Als wichtigste Rahmenbedingung beschreibt die Agenda 21, dass die Weltwirtschaft „eine nachhaltige Entwicklung durch Liberalisierung des Handels fördern“ soll. So ist das Konzept nachhaltiger Entwicklung keine Blaupause für eine andere Entwicklung, sondern ein system-immanentes amöbenhaftes Reformkonzept und eine abhängige Variable der Definition von Entwicklung. Prinzipiell baut die Agenda 21 auf der Hoffnung, dass globale wie lokale ökologische Krisen durch die Generierung von Expertenwissen, durch ein besseres Ressourcen- und Stoffströmemanagement, effizientere Umweltschutz- und Kontrollmaßnahmen technisch und politisch zu bewältigen sind.

Die Rio-Konferenz und die Aushandlung der Agenda 21 stellten die Weichen für den dominanten Politikstil der neunziger Jahre: statt konfrontativer Politikformen wurden diskursive, „konstruktive“ Aushandlungsstrategien eingeschlagen. Zivilgesellschaftliche Organisationen glaubten mit kooperativen Politikformen mehr erreichen zu können als mit den konfrontativen Formen der sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Konsensformeln wie die der nachhaltigen Entwicklung oder des *Gender Mainstreaming* bei der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking spielten dabei eine wichtige Rolle der Integration gesellschaftskritischer Kräfte in den Verhandlungsmodus von *Global Governance*. Sie erfüllen die Funktion einer allgemeinen Leitorientierung und erscheinen auf den ersten Blick offen für Partizipation wie auch für strukturelle Transformation. Konsensfähig sind sie gerade wegen ihrer Offenheit. Die Schließung der Konzepte erfolgt dann je nach ihrer Aufhängung in oder Anbindung an ökonomische und politische Setzungen und Zielorientierungen.

Die Rio-Konferenz läutete das Jahrzehnt der Kompromisse und der *agreed language*-Kultur ein: enorme politische Energien wurden in die Ausformulierung von UN-Dokumenten und internationaler Abkommen investiert, um eine konsensuale Sprache zu finden. Dabei werden kritische Begriffe aus sozialen Bewegungen in die *agreed language* übernommen und in den Koordinaten des bestehenden Entwicklungsparadigmas weichgespült oder neoliberal überformt. Exemplarisch geschah dies mit dem machtpolitischen Begriff des Empowerments.

Frauenorganisationen beteiligten sich mit hohem Engagement an dieser Verhandlungskultur, um ihren Ausschluss als politische Subjekte aus den internationalen Politikarenen aufzubrechen und die Positionen des Miami-Kongresses einzubringen. Vor allem die gleichstellungsorientierten und entwicklungspolitisch anschlussfähigen NGOs feierten ihre Lobbystrategie in Rio als Erfolg. Es gelang, Frauen in ihrer Doppelrolle als Opfer und Akteurinnen in Teile der Agenda 21 einzubringen, sie vor allem aber als handlungs- und nachhaltigkeitsfähige Akteurinnen zu profilieren. Damit konnte die Geschlechtervergessenheit internationaler Politik punktuell korrigiert und die Exklusion der Kategorie Geschlecht ebenso punktuell überwunden werden. Frauen firmieren als erste *Major group* in der Agenda 21 (Wichterich 1992, Rodenberg 1998).

Diese Integration von Frauen in den *Major-group*-Ansatz der Agenda zeigt die volle Ambivalenz des Integrationsansatzes: Frauen schrumpfen zu einer gesellschaftlichen Gruppe unter vielen und werden über die Kategorie *Gender* definiert, nicht aber über das von ihnen vertretene Paradigma des anderen Naturbezugs, des *Livelihood*-Ansatzes und des Vorsorgeprinzips. Der dominante Tenor des Miami-Kongresses, nämlich die Strukturkritik an Entwicklung und der ressourcenräuberischen Wachstumsökonomie einerseits und die Konzentration auf Gerechtigkeit und den *Livelihood*-Ansatz andererseits konnten nicht in die Agenda 21 hinein gelobbiet werden.

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung blieb von der feministischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Entwicklungskritik unberührt.

In diesem Dilemma stand auch die Mainstreaming-Strategie der Lobbyistinnen, die in jedes politische Ressort und jedes Kapitel der Agenda 21 eine Geschlechterperspektive einbringen wollten: „Wir müssen die Frauen in die Ozeane bekommen“ (Bella Abzug), sprich: auch im Kapitel über die Ozeane müssen Frauen erwähnt werden. Im Eifer des Lobbygefechts bekamen Integration bzw. Partizipation eindeutig Vorrang vor der Zielstellung der Transformation, die realpolitische Strategie der kleinen Schritte rangierte vor der visionären Umstellung von Weichen.

Das „Frauenkapitel“ der Agenda (Kap.24) enthält die doppelte Botschaft: Empowerment von Frauen und mehr Geschlechtergleichheit ist eine Voraussetzung für die Frauenbeteiligung an der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung und für die Nachhaltigkeit von Entwicklung. Andererseits: ohne Beteiligung von Frauen ist nachhaltige Entwicklung nicht zu machen. Die Tatsache, dass die internationale Politik die „vitale Rolle“ von Frauen für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung anerkennt und ihnen öffentliche Aufgaben im Sozial- wie auch im Umweltbereich überantwortet, zeigt, dass Partizipation zwischen den Polen demokratischer Gesellschaftsgestaltung und Kooptation rangiert und der Grat zwischen Einvernehmen qua *agreed language* und der Vereinnahmung sehr schmal ist. Der hier mitschwingenden Instrumentalisierung von Frauen für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und den Umweltschutz war Vorschub geleistet worden durch die ökofeministische Unterstellung einer besonderen Naturnähe, Naturkenntnis und Naturverpflichtung von Frauen und dem impliziten Angebot: Frauen kennen die Antworten auf die Krise (Braidotti 1994:96ff).

Der fade Beigeschmack, dass es sich bei der Würdigung der „nützlichen Integration von Frauen“ um die Mobilisierung billiger Arbeitskräfte für die Nachhaltigkeit handeln könnte, wurde durch die Hoffnung auf eine win-win-Situation kompensiert: mit Frauen als Nachhaltigkeitsakteurinnen sollten sowohl Umweltschutz und Armutsbekämpfung als auch die Geschlechtergleichheit profitieren. Die Kohärenz und Integration der Zielstellungen soll beiden dienen, der Nachhaltigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit.

Dies betonte 1993 erneut die Vertreterin des Women's Caucus: ihre Argumentation bot den Regierungen einen Kooperationsvertrag bzw. ein Tauschgeschäft mit dem Kollektivsubjekt Frauen an: „Sie brauchen das Wissen und die Fähigkeiten, über die Landfrauen in Afrika, Asien und Lateinamerika verfügen.... Wir brauchen Sie, um unsere Kenntnisse und Fähigkeiten in die Planung und Praxis neuer Programme und Methoden umzusetzen, die uns empoweren... (WEDO New & Views, Vol 6. No 2, 7).

Zunächst wurde der Anspruch der Transformation der „Weltordnung“ noch als zielorientierte Denk- und Marschrichtung beibehalten. DAWN versuchte den Integrationsansatz mit dem Transformationsansatz in dem Slogan „Transformation durch Partizipation“ zu verklammern und damit das strategische Ziel struktureller Veränderung aufrechtzuerhalten. Der Women's Caucus bei der CSD mahnte 1993 an: „Viele Frauen stellen die Grundlagen eines Systems in Frage, das fortwährendes Wirtschaftswachstum voraussetzt und gleichzeitig systematisch Lebensformen tötet.“ (WEDO a. a. O.) Und selbst bei Gleichstellungsfeministinnen wie Bella Abzug kam immer mal wieder ein entwicklungskritisches Einsprengsel zum Vorschein: „Women don't want to be mainstreamed into a polluted stream“. Insgesamt aber gewann, forciert durch die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, zunehmend eine integrative Mainstreaming-Strategie die frauenpolitische Oberhand.

Technokratisierung des Zusammenhangs von Geschlechterfragen und Nachhaltigkeit

Der Deal ist nicht aufgegangen. Zwar wurden beide, Gender und ökologische Nachhaltigkeit, zu Querschnittsthemen erklärt. Doch die im Rio-Prozess zusammengewachsenen Diskurse von Gender und Nachhaltigkeit ließen sich nicht leicht in politische Praktiken umsetzen. Beispiel: umweltrelevante Ressorts in der Entwicklungspolitik. Dort wurde die Integration einer

Geschlechterperspektive bisher nur ansatzweise vollzogen. Am stärksten konnten geschlechterdifferenzierende Ansätze in die Sektoren Landwirtschaft, Wasser und Wald eingebaut werden. Eine Evaluierung der Weltbankpolitik stellte 1997 fest, dass sich Gender-Ansätze oder „Komponenten“ in 35 Prozent der Landwirtschaftsprojekte, in 15 Prozent der Wasserversorgungsprojekte, aber nur in vier Prozent aller Projekte im Transportsektor fanden. Die Bank musste eingestehen: „Bis jetzt richtet sich die Politik im Transportbereich primär an Männerinteressen aus.“ Das bedeutet, kaum ein Projekt kümmerte sich um geschlechtsspezifische Unterschiede im Mobilitätsverhalten und den Transportbedürfnissen. (Bamberger/Lebo 1998:1, World Bank 1996:78)

Insgesamt zeichnet sich ab, dass die Strategie des *Gender Mainstreaming* ein geringes Transformationspotential hat. Zwar wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die es möglich machen, eine Geschlechterdifferenzierung vor allem der Bedarfsanalyse, Umsetzungsplanung und der Wirkungsanalyse zu institutionalisieren. Aber im Kontext des derzeit verbreiteten Instrumenten- und Methodenbooms in vielen politischen Ressorts führt dies eher zu einer kontextunabhängigen Technokratisierung der Verknüpfung von Geschlechter- und Umweltpolitik. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf Mechanismen und Methodik und zieht sie vom inhaltlichen parteiischen Engagement ab. Geschlechtergerechtigkeit – im Sinne einer gerechten Verteilung von Zugängen zu und Eigentum an Ressourcen, von Lasten und Pflichten im Umweltschutz und der Überlebenssicherung, von Gestaltungsmöglichkeiten in der Umwelt- und Entwicklungspolitik – steht dagegen noch aus.

Die Partizipation von Frauen soll „zu beträchtlichen Effizienzsteigerungen“ (gtz) und zu einer Qualitätsoptimierung der EZ-Maßnahmen führen. Das Fass vorgeordneter Entwicklungsstrukturen und -wege wird durch *Gender mainstreaming* und die entsprechenden „tools“ für den institutionellen Handwerkskasten aber nicht aufgemacht, d. h. vorausgesetzte Strukturen nachhaltiger Entwicklung werden nicht berührt. Die Fixierung auf Instrumente beim *Gender Mainstreaming* korrespondiert mit den technologiegläubigen Ansätzen nachhaltiger Entwicklung, die auf die technische Lösbarkeit sozialer Probleme setzen.

Ähnlich wirkt auch der Sektoransatz in der Umwelt und Entwicklungspolitik. Er zerreißt Nachhaltigkeitszusammenhänge und trennt künstlich die ökologischen, ökonomischen und sozialen Verbindungen, die in den realen Praktiken, aber auch in Problemlagen bestehen. „Das Leben armer Frauen ist nicht zerstückelt, und sie arbeiten nicht nur zeitweise.“ (DAWN 1992:21; vgl. Rocheleau 1995) Vorgelagerte entwicklungsstrategische Fragen werden als Rahmenbedingungen akzeptiert und bleiben auf der Projektebene ausgeklammert (Braidotti 1994:174f; Braunmühl 1998). So stellt das *Gender*-Papier der GTZ zur Bewässerungswirtschaft nicht mehr die vorgeordnete Frage, welche Bewässerungssysteme entwickelt werden bzw. inwieweit diese, z. B. Staudambauten, der Lektorientierung der Nachhaltigkeit entsprechen oder die lokalen Lebensgrundlagen (*livelihood*) von Frauen zerstören. Wie das Konzept nachhaltiger Entwicklung zielt auch das Konzept des *Gender Mainstreaming* primär auf eine Effizienzsteigerung, Nutzungsoptimierung, technologische Nachbesserung und Schadensbeseitigung durch ökologische und soziale Maßnahmen.

Nach wie vor besteht eine „Glasdecke“ für Frauen in den einzelnen umweltrelevanten Sektoren: sie sind die Sisyphosarbeiterinnen der alltäglichen sozialen und ökologischen Versorgung an der Basis, doch je technischer, wissenschaftlicher oder politischer die Handlungsebene ist, desto männerdominierter ist sie. Trinkwasserversorgung in den Dörfern ist Frauensache, Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft und Dämme gelten dagegen als primär Männerangelegenheit. Energieversorgung für den Haushalt und Energiesparen (Mikro-Ansatz: energiesparende Herde) sind Frauensache, allgemein sind der Energiesektor und die Energiepolitik jedoch fest in Männerhänden. Frauen sind überrepräsentiert auf der mikrostrategischen Ebene der Putz- und Schutzarbeit in der geschädigten Umwelt, und unterrepräsentiert auf der makrostrategischen Ebene politischer und wissenschaftlicher Planung. Die Glasdecke markiert auch eine Rezeptionsblockade von Natur- und Umweltwissenschaften sowie der Politik gegenüber der Expertise von Frauen, sei es dass sie sich in Alltagserfahrungen oder

wissenschaftlich gebildet hat. Feministische Forschung, Wissenschafts- und Politikansätze werden vom Mainstream nicht zur Kenntnis genommen.

Neoliberale Globalisierung und Nachhaltigkeitsstrategien

Diese beharrliche Ignoranz wurde kürzlich durch eine Analyse von drei politikwirksamen wissenschaftlichen Gutachten zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Deutschland bestätigt (Jungkeit et al. 2001). Ungebrochen liegen den drei Experten-Studien⁴ herrschende androzentrische Denkmodelle im Wissenschafts- und Naturverständnis zugrunde. Feministische Forschung und Praktiken werden nicht einbezogen. Außerdem weisen die zwischen 1994 und 1999 entstandenen Studien folgende Diskursverschiebungen auf: während 1994 noch eine teilweise Reflexion der gesellschaftlichen Naturverhältnisse stattfand, greift später eine zunehmende Verabsolutierung der Nutzen-Perspektive und der Effizienzlogik Raum. Dem entspricht eine Schwächung des Nachhaltigkeitsbegriffs und eine Ablösung der Ökologie durch die Ökonomie als Leitwissenschaft für Nachhaltigkeit. Die Ökologie ist zwar eine vielfältige, heterogene Wissenschaft, doch zunehmend dominieren ökosystemische Konzepte. Der von den feministischen Kritikerinnen beklagte Mangel an sozialer und Geschlechterdifferenzierung in den drei Studien bei gleichzeitiger Tendenz zur Expertokratie durch Ökosystemtheoretiker liegt parallel zu der oben dargestellten kontextunabhängigen Technokratisierung des Zusammenhangs von Gender und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die Ökosystemtheorie ist Hoffnungsträger für Nachhaltigkeitsstrategien, weil sie anders als die „harten“ naturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen wie Chemie und Physik „weichen“ ganzheitlichen Vorstellungen folgt. Doch wie die Naturwissenschaften will sie die Gesetzmäßigkeiten der ganzheitlich betrachteten Systeme und die Grenzen ihres Funktionierens und ihrer Nutzbarkeit erforschen. Mit der Festlegung von Grenzwerten für den Eingriff in die Natur will sie die Gleichgewichtskontrolle der Ökosysteme übernehmen. Aus feministischer Sicht wird kritisiert, dass auch die Ökosystemtheorie nicht mit der Beherrschungslogik bricht und deshalb überaus kompatibel ist mit den marktwirtschaftlichen Verwertungsstrukturen (vgl. z. B. Winterfeld/Wächter/Weber/Katz 2001). Sie wird in erster Linie zur Wissenschaft des Umweltmanagements.

Das Scharnier der Abstimmung zwischen Ökosystemtheorie und Ökonomie ist der Effizienzgedanke: mit Hilfe von Technologie und Expertenwissen sollen der Stoffverbrauch des Wirtschaftssystems und die Umweltbelastung reduziert werden (Sachs 1994). Die „Effizienzrevolution“ fokussiert auf die stoffliche Seite der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und lässt den sozialen Prozess aus dem Blick und aus der Verantwortung für Nachhaltigkeit. Umwelt und Natur werden als krisenhaftes System betrachtet, das durch Grenzwertfestlegungen vor dem Kollaps bewahrt werden muss. Dagegen werden gesellschaftliche Verhältnisse und gesellschaftliche Handlungsstrukturen nicht als Krisenursachen ausgemacht, deren Veränderung anzustreben wäre.

Auf diese Weise konnte der Anspruch des Nachhaltigkeitsparadigmas, sich in einem ausbalancierten Dreieck zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem zu entfalten, nicht eingelöst werden. In Deutschland – und dies scheint exemplarisch für den Norden – werden Nachhaltigkeitskonzepte durch Umweltthemen dominiert, während die soziale Dimension weitgehend unter den Tisch fällt. Das bedeutet sowohl, dass Verteilungsfragen und soziale Ungleichheitsstrukturen nur unzureichend in die Überlegungen zu Zukunftsfähigkeit eingehen, aber auch dass das Herstellen tragfähiger sozialer Beziehungen, Bindungen und Sicherheiten, sprich: praktizierte gesellschaftliche Zusammenhänge jenseits der Markt- und Erwerbsökonomie, in ihrer Bedeutung für Nachhaltigkeit unterbewertet werden (Spitzner 2001). So wie der Naturbezug auf die instrumentelle Logik reduziert wird, wird Arbeit auf marktförmige Erwerbsarbeit enggeführt.

Aus einer Geschlechterperspektive ist dagegen die bedeutendste Schnittstelle zwischen Sozialem, Wirtschaft und Ökologie die unbezahlte Sorgearbeit, die in allen Gesellschaften überwiegend von Frauen in Haushalten oder auch als Ehrenamt in lokalen Gemeinschaften geleistet wird. Leitend für Nachhaltigkeit ist aus dieser Sicht das Vorsorgeprinzip, sowohl in den

Haushalten und lokalen Gemeinschaften als auch auf der Ebene der *Global Governance* durch verbindliche Konventionsregeln. So setzten sich Frauenaktivistinnen bei der Aushandlung des Protokolls zur biologischen Sicherheit vehement dafür ein, dass das Vorsorgeprinzip zum Schutz vor genmanipulierten Organismen Vorrang vor dem Prinzip des Freihandels bekommt und zum ersten Mal auf der internationalen Ebene rechtsverbindlich verankert wurde. Damit setzt das Vorsorgeprinzip der neoliberalen Globalisierung auf der Makro-Ebene Grenzen.

Auch für Nachhaltigkeitsansätze aus Frauensicht im Norden ist typisch, dass die Alltagserfahrungen und -expertise und die gelebten Praktiken der (Über-)lebenssicherung und Gesundheitsvorsorge – sprich: *livelihood* – im wörtlichen Sinne Dreh- und Angelpunkt sind (vgl. MURL (o. J.), Schultz 1996, Forum Umwelt & Entwicklung 1997c, 2001). Bei der Definition von Nachhaltigkeitsindikatoren waren es Feministinnen, die die geschlechtsspezifische Arbeits- und Verantwortungsteilung und die unbezahlte Sorgearbeit in den Indikatorenkatalog einbrachten (Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen/Wuppertal Institut 1998, Forum Umwelt & Entwicklung 1997b). Ihnen ist dabei durchaus das Risiko bewusst, dass das Vorsorgeprinzip bei der derzeitigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf der Mikro-Ebene des Alltagshandelns einer Feminisierung der Verantwortung Vorschub leisten könnte. Deshalb wird das Plädoyer für das Vorsorgeprinzip mit der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit verknüpft, im Sinne eines Lasten- und Pflichtenausgleichs und einer gerechteren Teilung von Arbeit und Verantwortung zwischen den Geschlechtern (AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung 1999).

Ohnehin besteht der Trend, dass im Zuge der neoliberalen Umstrukturierungen sowohl der Markt als auch die Staaten soziale und ökologische Kosten weiter zu externalisieren suchen. Soziale Verantwortung – von der Kindererziehung bis zur Aids- und Altenpflege – wie auch Umweltverantwortung – vom Mülltrennen in den Industrienationen bis zum Bäumchenpflanzen in den Ländern des Südens – wird an die privaten Haushalte oder die lokalen Gemeinschaften verschoben (Schultz 1993). Da sie dort überwiegend unbezahlt in der Haushalts- und Familienökonomie oder ehrenamtlich von Frauen übernommen werden, bedeutet die Kostenexternalisierung eine Feminisierung der Lasten und der Verantwortung. Die unbezahlte Daseinsvorsorge, soziale Fürsorge und Umweltsorge von Frauen produzieren in hohem Maße Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit. Sie sichern und regenerieren *livelihoods*. Als gesellschaftlicher Produktivfaktor werden sie jedoch nicht gewertet.

Während die Nachhaltigkeitsverantwortung von Frauen zunimmt, schrumpft ihr Zugang zu und ihre Kontrolle über natürliche Ressourcen. Die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern wie Wald, Weideland und Gewässer schreitet weiter voran und zieht Frauen die Lebensgrundlagen und Produktionsmittel förmlich unter den Füßen oder aus den Händen weg. Exemplarisch zeigt sich dies an der Kontrolle über die Nahrungsmittel. BSE ist zum Symbol dafür geworden, wie die profitgesteuerte Industrialisierung die Agrarproduktion außer Kontrolle und wortwörtlich in den Wahnsinn befördert. In den Ländern des Südens war das Saatgut für die Grundnahrungsmittel gerade in seiner Vielfalt ein wichtiges Kapital der Frauen innerhalb der lokalen Ökonomien, weil gerade die Biodiversität Überleben sicherte. Durch die Verbreitung kommerzieller Hybridsorten und die Patentierung von Saatgut verlieren sie diesen Machtfaktor.

Die Beschleunigung der Wirtschaftsliberalisierung im vergangenen Jahrzehnt hat im Zuge der Standortkonkurrenz die Kommerzialisierung aller Ressourcen vorangetrieben. Der Marktfundamentalismus expandiert die Warenlogik zum Weltsystem, während zeitgleich die Biosphäre zunehmend als kontrollierbares Ökosystem behandelt wird. Das hat auch zur Folge, dass die Umwelt nach Kriterien der Effizienz- und Gewinnmaximierung weiter ökonomisiert wird (Sachs 2000). Das Credo der Effizienz leitet das Standortdenken: welche natürliche und menschliche Ressource ist hier und jetzt am konkurrenzfähigsten und am besten verwertbar? Wie lassen sich soziale und ökologische Kosten reduzieren bzw. externalisieren? Wie lassen sich Strukturen und Ressourcen flexibilisieren, d. h. an die Erfordernisse des Weltmarkts anpassen? Diese reale Entwicklung schlägt sich in den Nachhaltigkeitsstrategien darin nieder, dass zunehmend die Ökonomie, und nicht mehr die Ökologie Leitwissenschaft für Nachhaltigkeit ist (vgl. oben).

Die Kommerzialisierung aller Ressourcen von natürlichen Gemeinschaftsgütern über kollektives Erfahrungswissen bis zu pflanzlichen, tierischen und menschlichen Genen ist beim Kern des Lebens angekommen: embryonale Stammzellen und Gene als Waren. Im Clon findet die Herrschaftslogik im Mensch-Natur-Bezug ihren industrialisierten Höhepunkt, der technische Machbarkeitswahn gipfelt im Schöpfungsmythos – scheinbar erhaben über alle Grenzwerte und ethischen Werte. Das Clon kann als gestaltungsmächtiges Symbol dafür gelten, dass die neoliberale Globalisierung den Ausgangspunkt des Nachhaltigkeitsdenkens, nämlich die ‚Grenzen des Wachstums‘ zu erkennen und zu akzeptieren, der Markt- und Effizienzlogik opfert. Natur und Mensch sind unter neoliberalem Regime endgültig im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit angekommen. Für Frauen als Produzentinnen von Leben und für das kulturelle Naturverständnis ist dies von derzeit noch unermesslicher Bedeutung.

Von der Entwicklungs- zur Globalisierungskritik

Bereits 1995 konstatierte DAWN: „Die DAWN-Reise auf dem Weg alternativer Entwicklung hat uns nicht zu einer neuen Blaupause, zu einem anderen Modell geführt... Die Prozesse wirtschaftlicher Transformation durch Globalisierung... sind zu komplex und unterschiedlich, als dass unsere Antworten einfach auf eine klare Blaupause von Alternativen zurechtgestutzt werden könnten... Stattdessen haben wir ein Set von Methoden und Prozessen entwickelt, die unseres Erachtens entscheidend sind, wenn wir uns aus der Krise herausbewegen wollen, in der wir offenbar derzeit gefangen sind.“(DAWN 1995:28ff) DAWN setzt auf drei Ebenen an: dem lokalen, nationalen und globalen Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung, der demokratischen Transformation der neoliberal formierten Staaten und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisation und Strukturen, die alternative Modelle erarbeiten können.

Entwicklungskritik ist gegen Ende der neunziger Jahre in eine bewegungsbasierte Kritik an der neoliberalen Globalisierung hineingewachsen. Seattle/Dezember 1999 war das Ereignis, das das Jahrzehnt der politischen Kompromisskultur beendete. Wie der Rio-Prozess am Anfang des Jahrzehnts war der Seattle-Prozess am Ende der neunziger ein Sammelbecken für unterschiedliche zivilgesellschaftliche Kräfte und Diskurse und markierte erneut einen Paradigmenwechsel im Politikstil. Gegenüber institutionenpolitischen Verhandlungen gewann der öffentliche Raum erneut eine größere Bedeutung für politische Artikulationen und Auseinandersetzungen. Frauenorganisationen bündelten dort mit bäuerlichen Bewegungen aus dem Süden, US-amerikanischen Gewerkschaften, neuen globalen Netzwerken wie *People's Global Action*, Umwelt-, Menschenrechts- und kirchlichen Organisationen ihren Widerstand gegen die Penetrationsgewalt des undemokratischen neoliberalen Regimes. Bei den globalisierungskritischen Bewegungen finden sich Feministinnen erneut auf keinem leichten politischem Gelände wieder, denn diese Bewegungen weisen bedauerliche Blindheiten, sowohl auf dem geschlechterpolitischen als – zumindest im Norden – auch auf dem ökologischen Auge auf.

Seit Seattle aber wird auf allen Ebenen der Verhandlung und der Auseinandersetzung versucht, der globalen Beschleunigung des neoliberalen Dogmas Riegel vorzuschieben und Grenzen zu setzen, um überhaupt Räume für alternative Nachhaltigkeitsansätze und die Wahrung von *Livelihoods* zu erhalten.

(2002)

Literatur

Agarwal, Bina (1992): The Gender and Environment Debate: Lessons From India, In: Feminist Studies, 18, 119-159

AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung (1999): Konkretisierung der Forderungen an eine geschlechtergerechte Nachhaltigkeitsstrategie (Manuskript)

Bamberger, Michael/Lebo, Jerry (1998): Gender Issues in the Transport Sector. Prem Notes. The World Bank, Washington

Braidotti, Rosie/Charkiewicz, Ewa/Häusler, Sabine/Wieringa, Saskia (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, London

Braunmühl, Claudia v. (1998): Der Gender Ansatz in der Entwicklungspolitik. Überlegungen zum sozialen Akteur von Transformation, in: Peripherie 72, 25-38

Chambers, Robert (1988): Sustainable Livelihood, Environment and Development. Putting poor rural people first. Brighton

Chambers, Robert/Conway, Gordon R (1992): Sustainable Rural Livelihoods. Practical concepts for the 21st century. Brighton

DAWN (1992): Environment and Development: Grass Roots Women's Perspective, Barbados

DAWN (1995): Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development. Barbados

Forum Umwelt & Entwicklung (1997a): Stand der Umsetzung der Frauenforderungen der Agenda 21 in der BRD. Bonn

Dass: (1997b): Wie zukunftsfähig ist Deutschland. Entwurf eines alternativen Indikatorensystems. Bonn

Dass: (1997c): Zukunftsfähiges Deutschland. Zukunft für Frauen? Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn

Dass: (2001): Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit. Bonn

Green, Cathy/Joekes, Susan/ Leach, Melissa (1998): Questionable Links. Approaches to gender in environmental research and policy, in: Jackson, Cecile/ Pearson, Ruth (eds) Feminist Visions of Development. Gender Analyses and Policy, London/New York, 259-285

Grown, Caren/Sebstad, Jennefer (1989): To a Wider Perspective on Women's Employment, in: World Development, vol XVII no VII, 937-952

Jackson, Cecile (1993): Environmentalism and Gender Interests in the Third World, in: Development and Change, 4, 649-677

Jungkeit, Renate/Katz, Nina/Weber, Ivana/Winterfeld, Uta v. (2001): Natur – Wissen – Nachhaltigkeit. Die Bedeutung ökologischer Wissenschaften im Nachhaltigkeitsdiskurs sowie deren Zusammenhang mit gesellschaftliche Natur- und Geschlechtervorstellungen. Wuppertal, www.gsf.de/ptukf/sozialoeko_forschung.html

Kaplan, Temma (2001): Uncommon women and the Common Good: Women and Environmental Protest, In: Rowbotham, Sheila Likogle, Stephanie (eds): Women Resist Globalization. Mobilizing for Livelihood and Rights. London/New York, 28-46

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro (1992): Agenda 21, Bonn

Merchant, Carolyn (1987): Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaften. München

Mies, Maria/Shiva, Vandana (1995): Ökofeminismus, Zürich

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (o. J.): Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit aus Frauensicht. Dokumentation des gegenwärtigen Diskussionsstandes und Handlungsbedarfs, Düsseldorf

Rocheleau, Dianne (1995) Gender, Biodiversity and Segmented Sustainability, in: ids bulletin, vol 26, no 1, 9-17

Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayter, Barbara/Wangari, Esther (1996): Gender and Environment. A Feminist Political Ecology Perspective, in: dies.: Feminist Political Ecology. Global Issues and Local Experiences, London/New York, 3-23

Rodenberg, Birte (1998): Von der Mülltrennung zum Machtgewinn: Internationale Frauenumweltpolitik, in: Ruppert, Uta (Hg.) Lokal bewegen - global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt/New York: Campus, 106-130

Sachs, Wolfgang (1994): Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens, in: Sachs, Wolfgang (Hg.): Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin/Basel/Boston 15-43

Sachs, Wolfgang (2000): Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung, Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr.3, Berlin

Schultz, Irmgard (Hg.) (1993): GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen – Feminisierung von Verantwortung, Frankfurt

Schultz, Irmgard (1996): Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen. Eine Betrachtung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ aus feministischer Sicht, in: Wechselwirkung, April `96, 59-63

Shiva, Vandana (Hg.) (1995): ...schließlich ist es unser Leben. Ökofeministische Beiträge von Frauen aus aller Welt, Göttingen

Spitzner, Meike (2001): Dimensionen der Zukunftsoffenheit, in: AG Forum Umwelt & Entwicklung: Arbeit ..., 22-27

WEDO, News & Views, Vol 6, No 2

Weller, Ines/ Hoffmann, Esther/Hofmeister, Sabine (Hg.) (1999). Nachhaltigkeit und Frauen. Neue Perspektiven – alte Blockaden. Bielefeld

World Bank (1996): Sustainable Transport: Priorities for Policy Reform, Washington

World Women's Congress for a Healthy Planet, 8-12 November 1991, Official Report, o. J.

Wichterich, Christa (1992): Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Köln

Diess.: (1993) Die Rückkehr der weisen Frauen, in: Peripherie 51/52, 120-136

Winterfeld, Uta/ Wächter, Monika/Weber, Ivana/Katz, Christina (2001): Jenseits von Natur, Herrschaft und Geschlecht? In: politische Ökologie 70, Agender 21, 48-53

Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen/Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (1998): Skizze eines ökologisch-sozialen Nachhaltigkeitsszenarios, Wuppertal

¹ Chambers (1988) verknüpft in seiner Hungeranalyse in dem Begriff livelihood vor allem Ernährungssicherung und Erhalt der natürlichen Umwelt, für Grown & Sebstad (1989) ist livelihood die Summe aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung; vgl. auch Rocheleau/ Thomas-Slayter/Wangari 1996.

² Caucus ist das indianische Wort für Versammlung. Im UN-Kontext meint es themenspezifische oder regionale Gruppen, die sich treffen, um ihre Interessen und Positionen zu koordinieren und in die Verhandlungen einzubringen.

³ Auf die (feministische) Kritik am Ökofeminismus kann hier nur kurz verwiesen werden. Diese Kritik bezog sich 1) auf die ökofeministische Romantisierung vormoderner, vorindustrieller, vorkolonialer etc. Gesellschafts- und Naturverhältnisse 2) auf die Projektion dieser idealisierten Verhältnisse zum Zukunftsmodell von Subsistenz- und moralischer Ökonomie 3) auf den Essentialismus und die Idealisierung in der Behauptung einer besonderen Naturnähe von Frauen und die weitgehende Ausblendung von Klassen- und Kastenstrukturen (Wichterich 1993).

⁴ Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (1994), Abschlussbericht „Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung“ der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1998), Jahresgutachten „Welt im Wandel. Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) (1999)